

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 19.

Charlottenburg, Freitag, den 12. Mai 1922.

49. Jahrg.

Zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Von Anna Bloß-Stuttgart.

Unter allen Infektionskrankheiten ist in Deutschland die Tuberkulose die gefährlichste. Nach Professor Dresch-Heidelberg sterben Jahr für Jahr über 100 000 Menschen an dieser Seuche. Daseinsfreude und Erwerbsfähigkeit werden außerordentlich dadurch herabgesetzt, denn gewöhnlich geht dem Tode ein Jahre währendes Siechtum meist im besten produktiven Alter voraus, und die Volkswirtschaft wird schwer belastet. Mit Recht werden daher immer aufs neue von den Parlamenten große Summen gefordert, z. B. auch bewilligt zur Bekämpfung der Tuberkulose. Jetzt nach dem Kriege ist die Gefahr der Geschlechtskrankheiten eine fast noch größere. Aber die Art der Bekämpfung ist oder sollte wenigstens eine verschiedene sein. Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten kann nicht in dem Maße eine vorbeugende sein wie die der Tuberkulose.

Man glaubt noch heute vielfach, daß die Tuberkulose von den Eltern auf die Kinder vererbbar ist, wie das bei den Geschlechtskrankheiten der Fall ist. Das ist nicht der Fall. Die Tuberkulose als Erkrankung kann nur auftreten, wenn im Leben außerhalb des mütterlichen Körpers Tuberkelbazillen aufgenommen sind; daß sie aber längst nicht in allen diesen Fällen auszutreten braucht, steht fest. Tuberkulöse Eltern können ihren Kindern höchstens eine geschwächte Konstitution vererben, die die Kinder im späteren Leben in ihrer Widerstandskraft gegen eine Erkrankung an den aufgenommenen Tuberkelbazillen herabsetzt. Die Gelegenheit zur Infektion ist dabei immer das Entscheidende. Hier muß also die eigentliche Bekämpfung einsetzen.

Bisher wurden die aufgebrauchten Summen (1921 vom Reichsarbeitsministerium eine Million) in der Hauptsache zur Errichtung oder Unterstützung von Lungenheilstätten verwendet. Man wartete also, bis die Erkrankung eintrat, statt ihr vorzubeugen. Es gibt daher Praktiker, die meinen, daß die großen Aufwendungen nicht in dem richtigen Verhältnis zu dem Erfolg bestanden haben. Man würde also weniger Erkrankte haben, wenn man rechtzeitig der Erkrankung vorbeugen würde. So haben Autoritäten, wie Koch und Behring, sich sehr skeptisch über die Heilstättenbehandlung ausgesprochen. Letzterer hielt sogar eine Vermehrung der Tuberkulose durch die Heilstätten für möglich. Und Dr. Fabbender meint, die Heilstättenbewegung sei deshalb eine unglückliche, weil sie die trügerische Hoffnung wecke, auf dem Weg der Heilung die Tuberkulose zu vermeiden und dadurch von dem Weg einer rationellen Prophylaxe (Vorbeugung) ablenke. Bei allen Bekämpfungsmaßnahmen dieser furchtbaren Volksgeißel gibt es zwei Hauptwege: erstens, die Disposition zu verhüten und zweitens, die Exposition unmöglich zu machen. Da wir voraussichtlich ein Reichstuberkulosegesetz bekommen, ist es notwendig, sich rechtzeitig mit diesen Fragen zu befassen.

Durch die gesunde Haut und Schleimhaut vermögen Bazillen nicht in den Körper einzudringen, wohl aber durch Wunden, schlechte Zähne, Ausschläge. Die Belehrung über Körperpflege und Reinlichkeit gehört also mit zur Verhütung der Tuberkulose. Bazillen können auch eindringen durch den Magendarmkanal. Durch die Nahrung, wie: Milch und Butter von tuberkulösen Kühen, durch mit menschlichem Auswurf beschmutzte Speisen, durch Verschlucken von Tuberkelbazillen enthaltenden eigenen Auswurf können die Bazillen in die Verdauungsorgane eindringen. Zu der Körperhygiene gehört also die Nahrungsmittelhygiene. Die wichtigste Eingangspforte für die Tuberkelbazillen in den menschlichen Körper ist die Lunge. Die Infektion kommt

sowohl durch Einatmung von Staub wie von den mit Bazillen beladenen Tröpfchen in der Umgebungsluft krankenleidendender Menschen zustande.

In allen diesen Fällen gilt also, die Exposition des Organismus gegenüber dem Tuberkulosebazillus zu verhüten, d. h. die Ansteckungsmöglichkeit nach Kräften einzuschränken und zu verhindern. Dazu würde die Anzeigepflicht tuberkulöser Erkrankungen gehören. Diese besteht schon in Norwegen und Dänemark. Dort können alle Tuberkulösen, die keine Gewähr dafür bieten, daß sie innerhalb ihrer Wohnungen weitere Ansteckungen erfolgreich verhüten, zwangsweise in Krankenhäuser überführt werden. Dieser Zwang besteht bei uns nicht. Wir finden in überfüllten Wohnungen Tuberkulöse in engem Zusammenleben mit vielen Menschen, mit denen sie nicht nur den Schlafraum teilen (in München fand man z. B. einen Tuberkulösen in einem Schlafraum mit 12 Personen); sie schlafen auch sehr häufig mit anderen, insbesondere mit Kindern, in einem Bett. Bei schwer Erkrankten ist also die Ueberführung in Krankenhäuser oder Heilstätten dringend erforderlich.

Wichtiger aber ist zweifellos das Bestreben, die Disposition zur Erkrankung zu verhüten. Und da wird man zweifellos den Ärzten und Sozialhygienikern beistimmen müssen, welche die Tuberkulose weniger als medizinische Erscheinung, denn als soziale Krankheit werten und „daß es keine Neuerung der Sozialpolitik gibt, mag sie Lohnpolitik, Wohnungspolitik, Siedlungspolitik, oder was sonst sein, die nicht so oder so in unmittelbarem Verhältnis zum Sinken oder Steigen der Tuberkuloseziffer steht“. (Ministerialrat Dr. phil. Karstedt, „Soziale Praxis“ und „Archiv für Volkswohlfahrt“, 1922, Nr. 10.) Und Dr. Heideberg, Carnowitz, sagt, man solle die Wirksamkeit der Tuberkulosefürsorge nicht allzu hoch veranschlagen. „Selbstverständlich soll damit nicht gesagt sein, daß die Tuberkulosefürsorge entbehrlich ist, sondern es soll nur daran gemahnt sein, nie zu vergessen, daß der Kernpunkt der Fürsorgeerfolge nicht in ärztlichen Maßnahmen, sondern vorwiegend in sozialpolitischen Veränderungen zu suchen ist. Die beste Tuberkulosefürsorge wäre Wohnungsbau und Bodenreform. Alles andere ist, am Volkskörper gemessen, ein Palliativum.“

Wenn wir vor dem Kriege ein Zurückgehen der Tuberkuloseerkrankungen in Deutschland feststellen konnten, jetzt aber eine so starke Zunahme, daß Ärzte klagen, „viele nur ein paar Monate alte Kinder wären heute tuberkulös, was früher kaum der Fall war“, so hängt das damit zusammen, daß eben vor dem Krieg im allgemeinen in Deutschland eine gehobenerere Lebenslage zu verzeichnen war. Jetzt aber sind unsere Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse so trostlos, daß gerade die Bekämpfung vom sozialpolitischen Standpunkt aus eine ungeheuer schwere ist. Um so mehr ist darauf zu achten, daß die angeforderten Summen von diesem Gesichtspunkt aus verwendet werden. Auch Aufgabe der Krankentassen und Versicherungsanstalten wird es künftig sein, sich mehr mit Vorbeugungsmaßnahmen als mit der Behandlung schon Erkrankter zu befassen. In diesem Sinne müssen auch die erfreulicherweise jetzt in größerer Zahl vorhandenen Fürsorgestellen arbeiten. Freilich ist es eine unendlich schwierige, zum Teil fast hoffnungslose Aufgabe. Wie soll man Wohnungshygiene lehren, wenn die Ärzte klagen, daß sie oft blutenden Herzens das Bewohnen von feuchten, kalten, ungesunden Wohnungen zulassen müssen, die man als Notwohnung bezeichnet, weil sonst viele Familien einfach obdachlos blieben? Wie soll man Wohnungshygiene treiben, wenn die hohen Mieten unendlich viele Familien zwingen, sich in drangvoll fürchterlicher Enge zusammenzupferchen, um die besten Zimmer an Altermieter abzugeben oder

in die an sich schon überfüllten Räume Schlafgänger zu nehmen? Wie soll in den engen Wohnungen durchgeführt werden, daß das Zusammenschlafen mehrerer Personen in einem Bett vermieden wird? Eine große Gefahr bedeutet es ferner, daß die Reinhaltung, besonders der Wäsche, durchgeführt wird, denn in unendlich vielen Familien sind keine Leinentücher, keine Windeln, ist kaum noch Leibwäsche vorhanden. Auch die peinlichste Hausfrau kann ihre Wohnung, die Gebrauchsgegenstände, das Geschirr nicht so sauber halten, wie sie möchte, wenn die Preise für Kohlen und Gas zur Herstellung von heißem Wasser so hoch sind, die für Besen, Bürsten usw. fast unerschwinglich.

Praktische Vorbeugung muß also soviel als möglich betrieben werden durch Unterstützung aller gemeinnützigen Wohn- und Siedlungsbestrebungen. Große Summen müssen aufgewendet werden für Solbäder, Seehospize, Walderholungsheime für Kinder, die schwächlich und bedürftig sind und denen durch günstige Luft, Licht- und Ernährungsverhältnisse eine weitgehende Abhärtung verschafft werden muß. Der Unterernährung muß gesteuert werden durch billige Milchabgabe usw. für bedürftige Kinder. In der Gesundheitslehre in der Schule müssen die Kinder schon erfahren, welche Gefahren ihnen durch die Tuberkulose drohen und wie sie sich dagegen schützen können durch Sauberkeit, gesunden Sport, Vermeidung von Alkohol und Tabak. Diese Aufklärung müßte durch die Fürsorgeschwestern in den Familien fortgesetzt werden. Insbesondere müßte aufgeklärt werden über das Verhalten schon Erkrankten gegenüber. . . Die Anzeigepflicht müßte noch strenger durchgeführt werden.

Je mehr in dieser vorbeugenden Weise gearbeitet wird (hierher gehört z. B. auch ein ausgedehnter Gewerbeschutz), um so geringer werden die Summen werden, die für die Behandlung schwerer Tuberkulöser ausgegeben werden müssen. Jede Sparfahigkeit, soweit sie nicht von der Notwendigkeit unserer traurigen Zeit diktiert wird, gegenüber der vorbeugenden Tätigkeit, ist verfehlt. Soll also ein Reichstuberkulosegesetz geschaffen werden, sollen nun große Summen bewilligt werden, so ist auf die vorbeugende Tätigkeit das größte Gewicht zu legen.

Wir stimmen mit der Genossin Bloß überein und halten auch die Vorbeugung für die beste Art der Tuberkulosebekämpfung. Weil die Arbeiterschaft in der feinkeramischen Industrie ganz besonders stark der Gefahr der Tuberkulose ausgesetzt ist, verlangten wir schon immer die Verminderung dieser Gefahr durch zweckentsprechende Maßnahmen: Arbeitsräume mit Ventilationsvorrichtungen, oftmalige und gründliche Reinigung der Arbeitsräume nach Arbeitschluß, Anlage von Staubabsaugern sind vor allem neben kurzer Arbeitszeit und ausreichender Entlohnung deshalb stets von uns gefordert worden. Die betrieblichen Arbeitervertretungen müssen es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachten, in dieser Richtung zu wirken. Wir hoffen, daß das Reichstuberkulosegesetz nicht mehr lange auf sich warten läßt und zwingende Bestimmungen zu solchen vorbeugenden Maßnahmen bringt.

Die Kartoffelsteuerung.

Von August Freudenthal.

Es ist ein recht unscheinbares Ding, das in Deutschland die unerhört schnelle industrielle Entwicklung ermöglichte, ein selten gesehenes schnelles Wachstum der Bevölkerung begünstigte und es dem deutschen Volke gestattete, den grausamsten aller Kriege, die schärfste aller Blockaden länger als vier Jahre auszuhalten. Dies unscheinbare Ding war die Kartoffel, deren Heimat Amerika ist, und die um die Mitte des 17. Jahrhunderts — nach Beendigung des 30jährigen Krieges — in Deutschland eingeführt wurde.

Im Großen wurde die Kartoffel bereits um 1770 herum in Sachsen, Thüringen und am Rhein angebaut. Daß man aber im Jahre 1913 die Riesensumme von 54,1 Millionen Tonnen ernten werde, hat wohl niemand voraussehen können. Der Vorteil gegenüber dem Körnerbau springt in die Augen, wenn man bedenkt, daß man, um 30,6 Millionen Tonnen Getreide zu ernten, 1913 14,6 Millionen Hektar Acker nötig hatte, während fast doppelt soviel Kartoffeln von nur 3,4 Millionen Hektar geerntet wurden. Mit der Riesenernteentwicklung des Kartoffelanbaues hielt denn auch das Bevölkerungswachstum und die Entwicklung von Gewerbe und Industrie gleichen Schritt. Man zählte nämlich 1816 in Deutschland erst 2,8 Millionen Einwohner, 1914 aber 67,8 Millionen. Während 1882 erst 7,3 Millionen gewerblich tätige Personen gezählt wurden, bezeichnete man deren 1907 schon 14,3 Millionen, also fast die doppelte Anzahl. Diese Entwicklung war ohne die Kartoffel unmöglich. Sie blieb ein billiges Nahrungsmittel, das im Überflusse vorhanden war, während das Getreide, von dem wir allein 1913 über 2 Millionen Tonnen einführen mußten, recht sehr im Preise stieg. Aber nur ein Viertel der Kartoffeln etwa dient der direkten menschlichen Er-

nährung; der Rest wird zu Alkohol, Stärke und Kartoffelmehl verarbeitet oder dient zur Viehfütterung.

Es gibt überhaupt in der ganzen Welt kein Land, das soviel Kartoffeln anbaut, erntet und verbraucht, wie Deutschland. Das zeigt die folgende Uebersicht auf den ersten Blick:

	Ernte in Millionen Tonnen	pro Quadratkilometer des betr. Landes in Tonnen	pro Einwohner und Jahr in Kilogramm
Deutschland	54,1	100	833
Europ.-Rußland	34,7	6	309
Osterr.-Ungarn	18,5	27	364
Frankreich	15,0	28	380
W. St. v. Nordamerika	9,0	1	98
Großbritannien	6,7	22	150
Belgien	3,3	114	446
Holland	3,0	90	518

(Die Erntezahlen sind von 1913 und 1912, die Einwohnerzahlen von 1910, 1912, und bei Rußland von 1897. Siehe auch „Reichsstat. Jahrbuch für 1914“.)

Deutschland ist das Kartoffelland, und das ist seine volkswirtschaftliche Stärke auch jetzt noch. Noch mehr als vor dem Kriege ist die Kartoffel das Hauptnahrungsmittel des arbeitenden Volkes in Deutschland geworden, insbesondere deshalb, weil das Brot ohne Marken und sogar das für Marken mancher größeren Familie schon zu teuer zu werden beginnt. Die Löhne können den rasend steigenden Preisen nicht mehr folgen. Auch die Kartoffeln beginnen fast unerschwinglich für größere Familien zu werden. Allgemein pflegt pro Kopf und Tag ein Pfund Kartoffeln verbraucht zu werden; von Schwerarbeitern und schlechter gestellten Menschen erheblich mehr, von besser gestellten Volksgenossen weniger. Es fehlt nun heute nicht mehr viel, daß die Kartoffel bereits den Preis des rationierten Brotes erreicht, der 3,50 Mk. pro Pfund beträgt, während Kartoffeln — je nach der Gegend — 2 Mk., 2,50 Mk. und 3 Mk. (Auch noch mehr. Die Red.) kosten. Gerade bei der Kartoffel zeigt sich so recht deutlich der unerschämte Wucher. Wenn die Mark nur noch etwa den 70sten Teil ihres Vorkriegswertes darstellt, so ist der Preis der Kartoffeln auf das Hundertfache des Friedenswertes und höher gestiegen.

Neben anderen Gründen ist zweifellos die unverhältnismäßig starke Zunahme der Schweinezucht durch Kleinstiedler mit eine Ursache des Steigens der Kartoffelpreise. Innerhalb noch nicht eines Jahres haben die meisten Kleinstiedler je zwei bis vier Schweine schlachtreif gemästet. Welche ungeheuren Mengen von Milch, Mehl und besonders Kartoffeln durch diese Zunahme der Schweinehaltung für die menschliche Ernährung verloren gehen, läßt sich auch nicht entfernt abschätzen, da nicht die Hälfte des Viehes durch Zählungen erfasst wird. Wenn der Kleinstiedler in der Lage wäre, die für seine Familie und die Aufzucht der Schweine erforderlichen Nahrungsmittelmengen selbst zu erzeugen — was nicht einmal bei einem Morgen Land und der Mitarbeit der Familie möglich ist, auch wenn sie nur vier Köpfe zählt — könnte man eine Vermehrung der Gesamtmenge der Lebensmittel erwarten. Aber das Gegenteil ist der Fall, denn neben dem einen oder den zwei Schweinen hält er gewöhnlich auch noch ein bis zwei Ziegen und Hühner. Die Kleinstiedlung wirkt unter diesen Umständen belastend auf die Lebensmittelproduktion ein. Obwohl nun rückwirkend auch die Kartoffelsteuerung die Kleinstweinezucht einschränkt, da die Schweine selbst und die Futtermittel innerhalb ¼ Jahren ihre Preise verdreifacht und verdreifacht haben, so ist das Unglück schon geschehen. Die Reserven an zurückgehaltenen Kartoffeln sind infolge der Nachfrage als Futtermittel nicht mehr groß genug, um die Erzeuger zu zwingen, nun schnell vom Überflusse an die Verbraucher abzugeben. Sie halten zurück, und die Preise steigen noch immer.

Es wird unbedingt notwendig sein, in diesem Herbst eine Kartoffelumlage festzusetzen, da sonst nicht daran zu denken ist, die Bevölkerung ausreichend mit Kartoffeln zu versorgen.

Wirtschaftspolitische Bündnisse.

Trotz der Genueser Zwischenspiele — Abschluß des deutsch-russischen Vertrages und der französischen Gegenstände mit dem Ziel, nicht nur diesen Vertrag zu beseitigen, sondern der Konferenz in Genua ein ergebnisloses, unmittelbares Ende zu bereiten, erwies sich die Mark außerordentlich widerstandsfähig, um gegen Ende der Woche (Sonntag, den 22. April) auf 263,45 zu gleiten. Hatte schon bisher Newyork die bessere Haltung der Mark angestoßen, so setzte sich zu Beginn der neuen Woche wiederum von Newyork aus die Steigerung sprunghaft fort, so daß am 24. April 1922 der Dollar in Berlin 237 Brief erreichte. Die Gründe dieser Besserung können nur zum Teil in der Beurteilung des Auslandes über den Verlauf der Genueser Konferenz gesucht

werden. Unter den politischen Momenten spricht wohl in erster Linie mit, daß der deutsch-russische Vertrag in seinem Bestande — wenigstens in Genua — nicht mehr gefährdet wird und trotzdem die Konferenz ihren Fortgang nimmt. Im ganzen scheinen aber nicht so sehr die reinen Genueser Ereignisse zu wirken, als die Tatsache, daß demnächst der Ausschuß zur Untersuchung der Bedingungen, unter denen die deutsche Regierung Anleihen im Auslande aufbringen kann, von der Reparations-Kommission zusammengerufen wird, und daß diesem Ausschuß nicht politische Sachwalter, sondern wirkliche Finanzsachverständige angehören sollen. Dieser Ausschuß soll aus dem belgischen Vertreter Delacroix als Vorsitzenden, d'Ameglio für Italien als stellvertretendem Vorsitzenden, Sergent für Frankreich, Dr. Wissering, dem Gouverneur der Niederländischen Bank, Sir Robert Kindersley, einem Direktor der Bank von England, Dr. Bergmann für Deutschland und Mr. Pierpont Morgan als Vertreter Amerikas, bestehen. Gleichzeitig mit der sprunghaften Besserung der Mark in Newyork traf die Nachricht ein, daß Pierpont Morgan die Einladung der Reparations-Kommission angenommen habe und Mitte Mai nach Europa fahre.

Auch von der demnächst zusammentretenden Konferenz der Zentralbank-Institute erhofft man Ergebnisse für eine spätere Regelung der Wechselkurse. Selbst Sir Robert Horne soll sich optimistisch über die Zusammenkunft ausgesprochen haben, bei der man ebenfalls eine Vertretung der Vereinigten Staaten durch die Federal-Reservebank erwartet.

Trotz der Zuspitzung der politischen Lage gerade in Hinsicht auf die weitere Erledigung der Reparationsfrage scheint man doch in Genau unter der Hand bereits die Frage der Auslandsanleihe vorsichtig vorzutasten. Einmal spielt der von englischer Regierungsseite ausgegebene Vorschlag, die Reparationsregelung mit den interalliierten Schulden zu verknüpfen und damit eine dauernde Regelung der Reparationsleistungen zu bewirken, eine gewisse Rolle. Diesem Plan gegenüber vertreten deutsche Interessen den Standpunkt, daß bei der augenblicklichen politischen Lage eine schon jetzt zu vollziehende endgültige Regelung der Reparationsfrage in einem für die Uebergangszeit erträglichem Ausmaße nicht zu erreichen sei, und es sich im Augenblick mehr darum handle, die Barzahlungen für die nächsten vier Jahre, die etwa 2,9 Milliarden Goldmark ausmachen, die Ausgleichszahlungen und sonstigen Zahlungen aus Einzelabkommen (Substitutionskredite) durch eine Anleihe von 4 Milliarden Goldmark zu ermöglichen. Durch eine solche Anleihe würde die notwendige wirtschaftliche Atempause, die Gesundung des wirtschaftlichen Lebens und damit die Wiederaufhebung des Vertrauens für Deutschland erwirkt, daß nach diesen 4 Jahren Deutschland vielleicht imstande sein würde, ohne die Hilfe einer Anleihe Wiederaufbaubeträge aufzubringen. Mit dieser Anleihe wird gleichzeitig der Gedanke verbunden, daß die im Auslande schwimmenden und spekulativ immer bedrohlichen Marktbeträge sich günstig beteiligen können und auch Steuerfluchtkapitalien unter Gewährung von Straflosigkeit ein Asyl finden sollten. Man geht von der Voraussetzung aus, daß einer solchen steuer- und straffreien Goldanleihe die deutschen Auslandsgelder zufließen dürften. Auch schweben Gedanken nach der Richtung hin, daß die alliierten Regierungen ihrerseits eine Aufnahme der Anleihe in ihrem Lande unter der Bedingung zu garantieren bereit sein dürften, daß der Ertrag daraus der betreffenden Regierung selbst zukommen würde. Eine Formulierung dürfen diese Pläne wohl nach keiner Richtung noch gefunden haben — wenn auch die Zeit nach einer solchen drängen dürfte. Denn ohne diese konkrete Regelung in dieser Hinsicht wird die Frage der Reparationserfüllung, die Behebung der Weltarbeitslosigkeit, die Währungsankerung, die Stabilisierung der Wechselkurse trotz aller theoretischen Memoranden und Konferenzen nicht gelöst werden — und die Mark wird bald wiederum ihren Kurs nach österreichischem Muster nehmen.

Eine große Gefahr für die innere Wirtschaft die schon in der genannten Devisenhöhe beginnt, spiegelt sich bereits in der bergangenen Woche auf dem Aktienmarkte wider. Der inländische Markt lag matt. Nach der „Frankfurter Zeitung“ zeigen die dem Index zugrunde gelegten 25 typischen Aktien erhebliche Rückgänge mit 1403 Punkten. Nur die heimischen festverzinslichen Anleihen, vor allen Dingen die 3prozentigen preussischen Konsols, haben durch Auslandskäufe eine gewisse Steigerung erfahren. Diese Anzeichen einer Anlageunlust und Geldknappheit sind auch in dem Ausweise der Reichsbank vom 15. April 1922 zu verzeichnen. Der Bestand an diskontierten Reichsschatzwechseln weist einen Zugang von 6435,7 auf 149 182,6 Milliarden Mark auf. Vor Jahresfrist betrug er nur 58 Milliarden Mark. Es zeigt sich also, daß die Aufnahmefähigkeit des Geldmarktes für sie erschöpft wird und daß im Gegensatz dazu die Banken genötigt sind, durch Rediskontierungen von Schatzwechseln bei der Reichsbank die nötigen

Mittel zu erhalten. Damit ist für das Reich eine Kreditquelle erschöpft und der Weg des Notendrucks, der noch bleibt, weist auf österreichische Zustände hin.

Als eine wirtschaftlich besonders auffällige Erscheinung mußte daher in dieser Zeit der zunehmenden Kreditkrise die von der Deutschen Bank vorgeschlagene Kapitalverdoppelung wirken, die ihr Eigenkapital auf einen für unser Bankwesen als Rekord anzusehenden Stand in Höhe von — einschließlich der Reserven — 2 Milliarden Mark gebracht hat. Diese gewaltige Höhe des Bankkapitals wurde durch eine reine Fiktion mit einem Industrieunternehmen, der Deutschen Petroleum-Aktiengesellschaft, erreicht und es wurde durch diese eigentümliche wie auch komplizierte Transaktion der Kapitalmarkt nicht in Anspruch genommen. Die Bankabteilung der Deutschen Petroleum-Aktiengesellschaft geht in der Deutschen Bank auf, während die industriellen Anlagen unter Führung der Deutschen Bank in eine neue Gesellschaft unter dem gleichen Namen „Deutsche Petroleum-Aktiengesellschaft“ überführt werden sollen.

Wenn auch gemeldet wird, daß die Textilindustrie, die hinsichtlich ihrer Aufträge und ihrer Gewinnergebnisse mit am besten stand, bereits weniger Ordres hereinbekommen hat und durch die drohende Krise von einer Stodung der Preisbewegung auf verschiedenen Gebieten des Produktionsmarktes gesprochen wird, so muß doch festgestellt werden, daß gerade in der letzten Woche sich die Folgen aus den bisherigen vorzeitigen und sprunghaften Preissteigerungen zum Weltmarktpreise hin in neuen Lohn- und unmittelbar folgenden Preiswellen auswirkten.

Die gewaltig übersehten Preise — um ein Beispiel zu nehmen, die Textilien — und der Uebergewinn mancher Industriezweige setzten sich in die Löhne und damit in die Produktionskosten anderer Preise relativ um. Durch die Konjunktur hatten die Löhne der Eisenarbeiter und Bauarbeiter ein wenig mehr dem sprunghaft sinkenden Existenzminimum zu folgen vermocht. Die Folge davon war, daß die Bergarbeiter ihre Lohnforderungen nicht mehr zurückstellen konnten. In den Verhandlungen am 19. April 1922 im Reichsarbeitsministerium wurde je Mann und Schicht für das Ruhrgebiet 40 Mk. Lohnerhöhung gewährt. Automatisch setzte sich diese Lohnerhöhung in eine sofortige Preiserhöhung für Kohle um und es wurde damit gleichzeitig eine Abgeltung der durch diese Kohlenpreiserhöhung wiederum steigenden Materialpreise schlüsselmäßig vorgenommen, so daß sich nunmehr der neue Verkaufspreis, z. B. je Tonne Fettsförderkohle (Rheinisch-Westfälisches Kohlenfonditat) auf 907,50 Mk. (bisheriger Preis 601,70 Mk.) stellt. Die Wirksamkeit der Preiserhöhung trat am 20. April 1922 in Kraft. Schraubenförmig zu den Zwischenprodukten hin setzte sich die Kohlenpreiserhöhung fort in eine Erhöhung der Zement- und der Stickstoffpreise. Da die Kaliarbeiter gleiche Lohnverhältnisse hatten wie die Braunkohlenarbeiter, mußten sich ihre Löhne ebenfalls erhöhen. Dem folgen die Kalipreise am 1. Mai 1922, wobei es den amtlichen Stellen — wie wir hören — gelungen ist, eine allzu scharfe Angleichung zu verhindern.

Auch die Eisenpreise werden vom 1. Mai 1922 eine der Kohlenpreiserhöhung entsprechende Steigerung erfahren. Die Preisfrage der Grobeisenindustrie hat in der letzten Woche im Eisenwirtschaftsbund zu Erörterungen Anlaß gegeben, auf die des näheren eingegangen werden muß.

Zum Verständnis der Vorgänge sei darauf hingewiesen, daß im April 1921 ein Beschluß unter Zustimmung der Arbeitnehmer gefaßt wurde, der mit Rücksicht auf die damalige schlechte Absatzlage — welche die Werke zu Verläufen unter Selbstkosten zwang — vorübergehend die Höchstpreise außer Kraft gesetzt wurden, daß jedoch gleichzeitig der Eisenwirtschaftsbund sein Recht zur Festsetzung von Höchstpreisen auf den Reichswirtschaftsminister übertrug, der von dieser Ermächtigung Gebrauch machen sollte, sobald die Marktpreise die bisherigen Höchstpreise wieder erreicht hätten. Die Arbeitnehmer konnten sich nur entschließen, dem Abschluß zuzustimmen, nachdem die Arbeitgeber erklärten, daß die Bedenken der Arbeitnehmer durch den zweiten Teil des Antrages doch ausgeräumt seien, wonach der Reichswirtschaftsminister ohne weiteres die delegierten Befugnisse habe, Höchstpreise wieder einzuführen.

Nachträglich hat sich nun herausgestellt, daß eine Uebertragung der Befugnisse des Eisenwirtschaftsbundes auf einen Dritten — in diesem Falle den Reichswirtschaftsminister — aus Rechtsgründen schwer durchführbar sei.

Die seitdem eingetretene Entwicklung der Eisenpreise ist bekannt. Während der damalige Höchstpreis für Stabeisen z. B. 2440 Mk. betragen hatte, stieg der Marktpreis im Oktober auf 3200 Mk., im Dezember auf 5550 Mk., im März auf 7050 Mk. und im April auf 9810 Mk. Eine Ueberhebung der Preise liegt zweifellos vor. Auf Grund der vorliegenden Untersuchungen erscheinen

die Preise — selbst wenn man einen reichlichen Gewinnzuschlag und eine reichliche Erneuerungsquote zuläßt — um mindestens 1000 Mk. zu hoch. Die Arbeitnehmer haben wiederholt den Antrag gestellt, die Höchstpreise wieder einzuführen, konnten jedoch gegenüber der geschlossenen Front der Unternehmer keine Mehrheit in der Abstimmung erzielen. Hierbei ist es besonders interessant, daß der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums im einhelligen Zusammengehen mit den Vertretern der Groß-Eisenindustrie sich gegen die Einführung von Höchstpreisen ausgesprochen hat, als ob der Eisenbahnetat in der Lage sei, dieses Sondergeschenk an die Groß-Eisenindustrie ohne weiteres zu übernehmen. Wie wir erfahren, hat er an der letzten Sitzung nicht teilgenommen und mit seiner Stimmführung einen Unternehmervertreter beauftragt, welcher Aufsichtsratsmitglied eines unserer bedeutendsten Stahlwerke ist. Wir sehen in diesem Fall einen Interessenten der Groß-Eisenindustrie als Sachwalter der Interessen seines Abnehmer, der Reichsbahn. Wäre es im allgemeinen Interesse nicht erforderlich gewesen, im Behinderungsfalle den Vertreter der Kleinbahnen, also einen wirklichen Verbrauchervertreter, der keine besonderen Beziehungen zur Groß-Eisenindustrie unterhält, mit der Vertretung zu beauftragen?

Obgleich es offensichtlich ist, daß der gegenwärtige Zustand, daß keine Höchstpreise bestehen, nur dadurch möglich geworden ist, daß die Arbeitnehmer, die im April 1921 für vorübergehende Außerkräftsetzung der Höchstpreise eintraten, die irrtümliche Auffassung hatten, daß die jederzeitige Wiedereinführung gesichert sei, benutzen jetzt die Unternehmer diesen für sie glücklichen Umstand, um die Wiedereinführung von Höchstpreisen zu hintertreiben. Sämtliche Arbeitnehmervertreter haben ausdrücklich erklärt, daß sie ihre Zustimmung zu dem Beschluß vom April 1921 nicht gegeben hätten, wenn ihnen damals gesagt worden wäre, daß die Wiedereinführung von Höchstpreisen von einer teilweisen Zustimmung der Unternehmer abhängig sei. Die Unternehmer aber sind natürlich sehr froh, daß diese — wir sehen voraus, ungewollte — Durchführung der Arbeitnehmer ihnen bis auf weiteres die ungehemmte Ausnutzung der Notlage der Verbraucher gestattet. Wie wir hören, wollen sich die Arbeitnehmer mit der erneuten Ablehnung ihres Antrages nicht abfinden. Sie werden bei der Reichsregierung vorstellig werden, um sich über ihre Durchführung im April 1921 und über die Weigerung der Unternehmer, den damaligen Irrtum nachträglich wieder gutzumachen, zu beschweren, ferner um Auskunft ersuchen, wie die eigenartige Stellungnahme des Vertreters des Reichsverkehrsministeriums mit der erforderlichen Wahrung der finanziellen Interessen des Reiches vereinbar gemacht werden könnte.

Zur Generalversammlung.

Zunächst die Frage: „Wie steht es mit der Verschmelzung?“ Wenn man die provisorische Tagesordnung durchsieht, so muß man sich sagen: Also auch diesmal nichts Positives in der Verschmelzungsfrage. Soll denn nun wirklich der Schweiß der Eulen von 1913 in Leipzig unsonst geschlossen sein oder besteht noch ein Fünkchen Hoffnung?

In Leipzig waren sich die drei in Frage kommenden Verbände im Prinzip doch einig, daß der Zusammenschluß nur von Vorteil sein kann, und heute steht die Arbeiterschaft auf der ganzen Linie auf dem Standpunkt, die Verbände zu großen Machtfaktoren zusammenzuschließen.

Unser Vorstand, besonders Kollege Wollmann, hat in Leipzig die Verschmelzungsangelegenheit mit Verbe vertreten, und wir hätten den Erfolg gehabt, wenn nicht die Beitragssätze und Unterstützungsrichtungen der drei Verbände so weit auseinander gingen, was heute doch nicht mehr der Fall ist.

Es bleibt also nur die Frage offen: Haben sich neue Hindernisse gezeigt? Wir werden doch nicht etwa mit zunehmendem Alter konservativ. Das wäre für eine Gewerkschaft vom Uebel. Wir müssen unsere Gewerkschaften weiter ausbauen, sie den Zeitverhältnissen anpassen, damit sie Sturm und Wetter trocken können.

Man hatte ja bei der letzten Generalversammlung 1919 in Martfeld sich über die Verschmelzungsfrage sehr leicht und schnell damit hinweggeholfen, daß H. den Vorstand beauftragt hat, erneut mit den Verbänden der Eisen- und Eisenarbeiter in Verbindung zu treten. Aus dieser „Verbindung“ geht aber, wie die Tagesordnung beweist, nichts heraus.

So muß denn die kommende Generalversammlung sich mit der Verschmelzungsfrage ernstlich befassen; sie kann es auch, sie wird voranschreitend mehr dazu haben, wie die letzte, da das Tarifwesen, so wichtig es ist, nicht mehr Renonard ist.

Für einiges zum Tarifvertrag.

1. Raster im Tarif Richtlinien bei Einstellungen und Entlassungen von Arbeitern festgelegt werden. Das Betriebsrätegesetz gibt den Betriebsräten nur das Recht, bei Entlassungen größeren Umfangs

ihre Stimme zu erheben. Bei Einzeleinstellungen und Entlassungen können sie gehört werden.

2. Das Lehrlingswesen muß unbedingt tariflich geregelt werden. Der Nur-Lehrlingszüchtereier muß ein Riegel vorgeschoben werden.

3. Da die alte vorinkflutliche Einrichtung in manchen Fabriken immer noch nicht verschwunden ist, daß Materialien, Farben, Gold usw. gekauft werden müssen, ist auch diese Sache tariflich zu regeln.

4. Dem 1. Mai als Feiertag tariflich festzulegen, wie im Reichstaxtarif der chemischen Industrie bereits geschehen, muß erwogen werden.

Nun zu einer Angelegenheit, welche auch auf der Generalversammlung besprochen werden muß, und zwar die Lage derjenigen Kollegen unseres Verbandes, die nicht von dem Reichstaxtarif der Feinkeramik betroffen werden. Es sind dieses die Kollegen der Email-, Figuren- (Gips-) und Terrakottabranche, Schilbermaler usw. Diese Kollegen beklagen sich, wie wir aus allen Teilen Deutschlands hören, daß ihre Interessen so wenig Beachtung finden. Diese Kollegen haben in allen Gegenden Deutschlands zerstreut ihr Domizil, und nur dann und wann hört man, wie elend da und dort noch die Lage dieser Kollegen ist. Organisiert sind sie zum größten Teil bei uns, im Porzellanarbeiterverband. Es gibt aber auch Orte, wo sie allen möglichen Verbänden angehören, und, was das aller schlimmste ist, auch noch solche Orte gibt es, wo der Organisationsgedanke noch gar nicht Fuß gefaßt hat. Für diese Branchen muß unbedingt einmal zentral was geschehen, und das kann nur, wenn wir die Kollegen einmal selbst über ihre Lage hören. In welcher Weise das geschehen kann und soll, muß die Generalversammlung bestimmen.

Nun ist mir in dem Bericht von der Gauleiterkonferenz in Bonn irrtümlicherweise in den Mund gelegt worden, daß ich den Vorstand dafür verantwortlich mache, daß für diese Branche noch nichts Durchgeführtes geschehen sei. Das trifft nicht zu, soweit diese Angelegenheit in Frage kommt. Wohl hätte ich es, wie gewiß jeder andere Kollege auch, gern gesehen, wenn der Vorstand die Initiative dazu ergriffen hätte.

Die Kollegen der betreffenden Gauleiterkonferenz in Bonn zeigten dann auch für die außerhalb der feinkeramischen Branchen stehenden Kollegen und ihre Lage volles Verständnis und bestimmten, daß der Gauleiter, Kollege Jahn, gelegentlich mit dem Vorstand und den Gauleitern (besonders auch mit dem Gauleiter Hoffmann, Ilmenau) Rücksprache nehmen sollten, damit in dieser Angelegenheit etwas geschehen solle. Ob das geschehen ist, weiß ich nicht. Jedenfalls muß aber auf der Generalversammlung dazu Stellung genommen werden.

Die Zahlstelle Köln hat nun, weil sie zum großen Teil aus diesen Branchen besteht, keine Mühe gescheut. Sie hat sich mit den Kollegen im Bezirk und im Reich, soweit es möglich war, in Verbindung gesetzt, hat Statistiken über Lohn- und Arbeitsverhältnisse gesammelt und ausgetauscht mit dem Erfolge, daß die Löhne, welche Anfangs erheblich voneinander abwichen, nun einander nahe in aufsteigender Linie sich bewegen.

Allen Kollegen im Bezirke und Reich, die uns dabei geholfen haben, an dieser Stelle unseren Dank, aber auch die Bitte, in dem Werk nicht zu erlahmen. Soll nun aber aus dieser Sache etwas Großzügiges über das ganze Reich hinaus sich entwickeln, so muß der Vorstand und die Generalversammlung diese Angelegenheit zu ihrer eigenen machen.

Zum Schluß noch die Bitte an alle Kollegen in den Zahlstellen und an die Delegierten auf der Generalversammlung im besonderen, daß sie für eine gut fundierte Kasse des Verbandes sorgen, damit wir kommenden Kämpfen nicht sorgenvoll entgegenzusehen brauchen.

W. Uebel, Köln.

Aus unserem Beruf.

Farge. Der Steingutdreher Wilhelm Bedemeyer konnte am 2. April d. J. auf eine 50jährige Tätigkeit in der Steingutfabrik Witteburg N.-G. zurückblicken und auf eine 30jährige Verbandsmitgliedschaft. Aus Anlaß dieses seltenen Vorkommnisses wurde er von den Dreherkollegen, speziell von den älteren, beglückwünscht. Wir beglückwünschen ebenfalls den Jubilar. Red.

Schirnding. Berichtigung. Bei der in Nr. 17 der „Arbeitswelt“ an dieser Stelle veröffentlichten Notiz, betr. 30jährige Verbandsmitgliedschaft, ist der Name des Jubilars nicht richtig angegeben. Der Kollege heißt Fritz Döfler.

Gewerkschaftliches.

Betriebsräte im Aufsichtsrat.

Zu dem am 22. Februar 1922 erschienenen Gesetze über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat ist erst jetzt die Wahlordnung herausgekommen, obwohl schon bis zum 1. Mai d. J. die Wahlen eingeleitet sein sollten. Viele Unklarheiten werden bei der Durchführung der Wahlen aufstehen, und der Wunsch nach einem Führer durch dieses Gesetz laut werden. Da kommt ohne Zweifel die Broschüre „Betriebsräte im Aufsichtsrat“

von Clemens Körpel gerade noch zur rechten Zeit, um diese bestehende Lücke auszufüllen. Körpel, der Sekretär der Reichsberaterszentrale der Gewerkschaften, bringt in seiner Broschüre, die als Heft 12 in der Reihe der Betriebsratschriften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S.O. 16, erscheint, neben dem Text des Gesetzes und der Wahlordnung umfangreiche Erläuterungen und Anmerkungen. Er stellt, um den gesamten Stoff übersichtlicher zu gestalten, auch die Paragraphen der früheren Reichsgesetze zusammen, die beim Lesen des Gesetzes über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat zu beachten sind, wie z. B. die des Handelsgesetzbuches, des Gesetzes, betr. die G. m. b. H., des Gesetzes, betr. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, und des Gesetzes, betr. die privaten Versicherungsunternehmungen. Dieses Büchlein wird ein guter Wegweiser durch das Gesetz und für die Wahlen sein. Die Broschüre kostet 7,50 M.

Zum Kampf der Textilarbeiter um die 46-Stunden-Woche in Bayern.

Die Verlängerung der Arbeitszeit ist abgewehrt. Am Sonntag, den 23. April, fand nochmals eine Verhandlung zwischen den Arbeiterorganisationen und dem Süddeutschen Industriellenverband statt. Es wurde eine Einigung erzielt, daß die 46-Stunden-Woche bestehen bleibt. Der Streit wird hierdurch vermieden.

Zwei Arbeiterjubilare.

In nächster Zeit können zwei alte bewährte Gewerkschaftsführer und Parteigenossen auf eine 25jährige Tätigkeit als Verbandsvorsitzende zurückblicken.

Emil Girbig, der 1. Vorsitzende des Zentralverbandes der Glasarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands (Sitz Berlin), geboren am 6. Juni 1866 in Jamlich, lernte als Glasarbeiter und schloß sich später seiner Organisation an. Er gründete 1892 in Köpenick eine Zahlstelle des Verbandes, deren Leiter er bis zum Jahre 1897 war. Am 1. August 1897 wurde er zum Verbandsvorsitzenden gewählt und steht seit dieser Zeit auf dem verantwortungsvollen Posten. Sehr schwere Kämpfe hat die Organisation der Glasarbeiter schon zu führen gehabt, und auch gegenwärtig befinden sich etwa 25 000 bis 28 000 Glasarbeiter und -arbeiterinnen im Abwehrkampf gegen die vom Unternehmertum geplante Einführung der Fordarbeit.

Im Jahre 1919 wurde Emil Girbig als Abgeordneter der Sozialdemokratischen Partei in die Nationalversammlung und später in den Reichstag gewählt und steht jetzt noch auf diesem Posten, wo er erspriessliche Arbeit leistet. Auch war er lange Jahre Sekretär der Internationalen Glasarbeiterunion, bis der Sitz im Jahre 1921 nach Paris verlegt wurde.

Karl Winkelmann, 1. Vorsitzender des Verbandes der Hütten-, Weinküfer und Hilfsarbeiter Deutschlands (Sitz Bremen), wurde geboren am 14. Dezember 1865 in Ehdorf (Kreis Kiel). Er lernte das Hüttenhandwerk und wurde nach treuer Mitgliedschaft seiner Organisation am 1. Juli 1897 zum 1. Vorsitzenden des Verbandes gewählt, welchen Posten er jetzt noch bekleidet und auf dem er schon viele Kämpfe durchgeföhrt hat.

Frühzeitig schloß er sich der Sozialdemokratischen Partei an und wurde als Kandidat für den 5. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis aufgestellt. In Bremen stand Karl Winkelmann in der Partei stets im vordersten Treffen, war 1900 bis 1908 Mitglied der Preßkommission und wurde auch im Revolutionsjahre zum Senator ernannt.

Beide Jubilare sind noch rüstig auf ihrem Posten. Auch wir bringen ihnen unsere herzlichsten Glückwünsche dar mit dem Wunsche, daß es ihnen vergönnt sein möge, noch viele Jahre in geistiger und körperlicher Frische für die Arbeiterschaft tätig sein zu können.

Versammlungsberichte.

Althaldensleben. Die außerordentliche Zahlstellenversammlung vom 19. April nahm folgende Resolution an: „Die Zahlstelle Althaldensleben nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem neuen Lohnabkommen und erklärt, daß dieses in keiner Beziehung zu der herrschenden Forderung steht. Die Zahlstelle fordert eine Nachprüfung und Revision des Lohnabkommens. Alle weiteren Lohnregelungen dürfen in Zukunft nicht mehr für das ganze Reich, sondern bezirksweise erfolgen unter Hinzuziehung von je 2 Vertretern jeder Zahlstelle, von denen einer Facharbeiter, der andere sonstiger Arbeiter sein muß.“

Anmerkung der Redaktion: Unser Verband hat jetzt rund 160 Zahlstellen. Nach der Forderung der Kollegen in Althaldensleben müssen also mindestens 320 Zahlstellenvertreter mitwirken, um die Lohnregelung für das gesamte Verbandsgebiet zu vereinbaren. Weiterer Kommentar überflüssig.

Annaburg. In einer am 20. April stattgefundenen außerordentlichen Zahlstellenversammlung nahmen die diesigen Kollegen und Kolleginnen Stellung zum Schiedsspruch. Vorerst gab Kollege

Sauerbrey Bericht von der Bezirkskonferenz in Magdeburg. Interessant war darin zu hören, wie unterschiedlich die Löhne im Bezirk gezahlt werden; bei zwei Firmen in einem Ort Unterschiede von 200 bis 300 M. pro Woche. Dies sind die Auswüchse des Affordsystems! Die Aufstellung des Kollegen Hofmann von hier als Kandidat zum Gewerkschaftskongress wurde von den Magdeburger Kollegen als unglücklich bezeichnet, weil er dort unbekannt ist. Wir können den Magdeburger Kollegen verraten, daß es uns mit ihrem Kandidaten ebenso geht. Bezüglich des Lohnabkommens kann man sagen, daß sich eine gewisse Resignation bemerkbar machte. Nach all den Protesten, all den Resolutionen, all den Kundgebungen usw., trotz unserer Schinderei und Schusterei wieder ein solcher Schiedsspruch; das konnten die Kollegen und Kolleginnen nicht verstehen. Und das mit Recht!

Goldlauter. In der am 23. April stattgefundenen Zahlstellenversammlung wurde zunächst des verstorbenen Kollegen Schneider gedacht. Sodann kam das neue Lohnabkommen zur Verlesung. Da nähere Erläuterungen hierzu fehlen, können sich die Kollegen kein klares Bild daraus machen, da es immer wieder so juristisch gehalten ist, daß es keinem gewöhnlichen Volksschulbesucher möglich ist, sich gleich durchzufinden. Ganz richtig vergleicht ein Kollege selbstiges mit den Berichten des großen Generalkongresses während des Völkermordens. Alle Tage ein kleiner Sieg, bekundet durch Glockenläuten selbst in der kleinsten Gemeinde, nach Ende der Woche alles noch einmal zusammengefaßt in einen großen Sieg und wiederholt dazu geläutet und geschossen; alles in allem „ein Täuschungsmanöver“. Beweis: Es heißt in dem Lohnabkommen: „Für die Dauer des Lohnabkommens ist außerdem an sozialen Zulagen zu zahlen“ usw.; es folgt die nun schon seit dem ganzen Jahre 1921 gezahlte soziale Zulage. — Es kommt sodann die Maisfeier zur Sprache. Es wird jedem zur Pflicht gemacht, sich an der Demonstration zu beteiligen. Weiter kommt die diesjährige stattfindende Generalversammlung zur Erörterung. Es wird beschlossen, den Kollegen Rudolf Weiß als Kandidaten hierzu aufzustellen. Nach Erledigung mehrerer örtlicher Angelegenheiten nimmt der Vorsitzende das Schlusswort und geht unter Zustimmung der Versammlung mit einigen Beitragsbrüdern scharf ins Gericht.

Anmerkung der Redaktion: Der Vergleich des Lohnabkommens mit den Heeresberichten hinkt doch recht stark. Weil der durch das Märzabkommen geschaffene Zustand nicht zur Grundlage für das neue Abkommen genommen werden konnte, mußte dasselbe ganz neu aufgebaut und für sich abgeschlossen werden. Es war deshalb erforderlich, die sozialen Zulagen in diesem Abkommen wieder mit anzuführen. Das war also kein Täuschungsmanöver, sondern eine Selbstverständlichkeit. Bis jetzt ist uns auch nicht bekannt, daß eine Zahlstelle dadurch getäuscht worden ist. Wären die sozialen Zulagen trotz ihrer Beibehaltung nicht im Lohnabkommen mit angeführt worden, so wäre das verkehrt gewesen und hätte zu Zweifeln und Irrtümern führen müssen.

Gräfenhal. Am 18. April, anschließend an den Fabrikklausur, fand im Saale des „Schießhauses“ eine stark besuchte Versammlung statt, der am gleichen Abend eine Sitzung der Funktionäre des Bezirks Gräfenhal folgte. Beide Veranstaltungen beschäftigten sich in der Hauptsache mit dem letzten Lohnabkommen. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, widmete Genosse Ellmer unseren verstorbenen Genossen Schneider einen warmen Nachruf. Das, was Genosse Schneider dem Porzellanarbeiterverband, dessen Mitbegründer er war, und der Porzellanarbeiterschaft geleistet habe, lasse sich nicht in kurzen Worten ausdrücken; seine ganze Kraft sei in den Dienst für die Arbeiterbewegung aufgegangen. Die Anwesenden ehrten den Verstorbenen in üblicher Weise. Den Bericht von den letzten Lohnverhandlungen in München erstattete in ausführlicher Weise Genosse Erdmann. Den Weg, wieder ein Lohnabkommen in freien Verhandlungen zu bekommen, hätten die Unternehmer verlegt gehabt, indem dieselben ein Lohnangebot machten, das unter jeder Kritik, und ganz undiskutabel erscheinen mußte. Die Frauenlöhne sollten prozentual nicht mehr so steigen wie die Löhne der Männer. Als Redner die von den Unternehmern angebotenen Sätze zur Verlesung brachte, machte sich eine starke Erregung bemerkbar. Es blieb nach Lage der Sache nichts anderes übrig, als wieder ein Schiedsamt in Tätigkeit zu setzen. Referent verbreitete sich dann des längeren über den Schiedsspruch und kommt zu dem Schluß, daß derselbe den Facharbeitern in der Luxusindustrie in den Ortsgruppen Ia und Ib, die hier nur in wenigen Fällen die Affordbasis um 25 Prozent überstiegen, eine Lohnaufbesserung von 37 Prozent für den Monat April bringe. Wenn nicht mehr erreicht werden konnte, dann solle man aber doch bei der event. Kritik beachten, daß unsere Verhandlungskommission ihr Bestes und ihre ganze Kraft eingesetzt habe, um zu einem annahmbaren Lohnabkommen zu gelangen. Es sei geradezu ein Trauerspiel, wie in letzter Zeit über unsere Funktionäre losgezogen wurde; in der Regel von Kollegen, die sich noch tüchtig bemühen müßten, das gewerkschaftliche M B C in sich vollkommen aufzunehmen. Wenn der Maßstab der Kritik angelegt werden müsse, dann sollte er dort angelegt werden, wo es nötig sei. Bestimmt sei aber ein Herfallen über unsere Funktionäre nicht angebracht, wenn auch dieses sehr leicht sei und wenig Contage erfordere. Die Ausführungen des Genossen Erdmann wurden mit starkem Beifall aufgenommen. Die Diskussion über das Lohnabkommen war nur eine kurze. An unserer Verhandlungskommission wurde keine Kritik geübt und damit anerkannt, daß sie richtig gehandelt hat. Weiter beschäftigte man sich mit der Aufstellung von Kandidaten für die Generalversammlung. Aufgestellt wurden folgende Kollegen: Arthur Erdmann, Louis Ellmer, Otto Greiner und Richard Dittrich. Nachdem noch über die bevorstehende Maisfeier einige Anregungen gegeben und zur vollzähligen Beteiligung aufgefordert worden war, trat Schluß der imposant verlaufenen Versammlung ein.

Sernsdorf. Noch immer flammert sich die bürgerliche Welt an die Arbeitsruhe des sog. Charfreitags. Ihre „christlichen“ Illusionen lassen sie an diesem Tage besonders neu aufleben, nachdem sie rund 300 Tage lang das Proletariat zur Profitgewinnung ausgenutzt haben. Ist die Arbeiterschaft an diesem Tage gezwungen, unfreiwillig zu feiern, so muß sie trotzdem diesen Tag nutzbringend anwenden, und es versteht sich, daß eine solche Gelegenheit zu Versammlungen benützt wird. Den Besuch der Zahlstellenversammlung konnte man als

gut bezeichnen, wenn auch manches Gesicht und eine Anzahl Gesicht-
chen vermist wurden.

Den Toten der letzten vier Wochen: R. Fischer, F. Kluten-
treter und dem Redakteur der „Ameise“, Gen. J. Schneider, wurde
in der üblichen Weise die letzte Ehre erwiesen. Die Versammlung
nahm Stellung zum Gewerkschaftskongress und hofft von ihm, daß die
strittigen Fragen in der Gewerkschaftsbewegung gelöst werden können.
Die zur Aussprache gestellte Tagesordnung unserer Generalversamm-
lung führte zu dem Beschluß, daß die Verwaltung die Anregungen zu
Anträgen formulieren und der nächsten Versammlung unterbreiten
soll. Unsere Tarifpolitik war ebenfalls Gegenstand einer Aussprache.
Ein Teil der Mitglieder ist der Auffassung, daß die einzelnen Be-
rufszgruppen der feinkeramischen Branche ihre Spezialtarife abschließen
sollten; es bestände dann die Möglichkeit, daß doch noch besser abge-
schnitten wird, als bei dem Reichstarif. Dem wurde entgegengehalten,
daß wohl einzelne Gruppen oder Betriebe günstiger abschneiden wür-
den, daß aber die größte Anzahl der Betriebe und Zahlstellen ins
Hintertreffen geraten und der Verdienstunterschied noch krassere For-
men annehmen würde. Zur Illustration dieser Debatte diente ein
Rundschreiben der Ohrdruffer Kollegen mit dem Inhalt, ihnen bei ihrem
Streit finanziell beizuhelfen. Mitgeteilt wird, daß von diesem
Quartal ab die vollständige Betriebsklassierung eingeführt wird. Der
Bericht der Betriebsrätekonferenz der Kahl-Werke löst eine Dis-
kussion aus, ebenso die Berichte über die verschiedenen Betriebsräte-
sitzungen. Betriebliche und geschäftliche Fragen berühren nicht das
allgemeine Interesse, so daß wir uns hier Ausführungen darüber er-
sparen können. Zahlreiche Pressestimmen der bürgerlichen Welt lassen
erkennen, daß der Achtstundentag Gefahr läuft, wieder beseitigt zu
werden. Leider gibt es auch bei uns noch dumme, unverständliche Ar-
beiter, die nach Schluß der regulären Arbeitszeit sich ein Vermögen
erwerben wollen. Diese armeneligen Würmer haben keinen klaffen
Schimmer, wie vor dem Arme in harten, oft monatelangen Kämpfen
5 Minuten Arbeitszeitverkürzung erspart werden müßte. Wieviel
Opfer hat diese jahrzehntelange Kampfkampagne gekostet, um den kulti-
rellen Vorteil vom 13., 14. und 15. Stundentag zum 10. und 11. Stundentag
zu erlangen? Jeder einzelne muß sich mit seiner ganzen Kraft,
ja, mit Aufopferung seines Lebens für den Achtstundentag einsetzen.
Möge sich das mancher annehmen und einmal vernünftig über seine
verfehlte Handlungsweise nachdenken. Zum Schluß wurde die Er-
wartung ausgesprochen, daß in Anbetracht des Leipziger Arbeiter-
turn- und Sportfestes die Kollegenschaft in der zweiten Julihälfte
ihren Urlaub danach einstellt, damit die etwa 80 Teilnehmer von hier
beurlaubt werden können.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß die Bücher-
kontrolle von jetzt ab wieder ordentlich bei den Versammlungen durch-
geführt wird. Also stets das Mitgliedsbuch mitbringen!

Waldsassen. Unsere Versammlung am 10. April war leider
schwach besucht, welches teils der etwas späten Einberufung dazu,
größtenteils aber der Interesslosigkeit der Mitglieder zuzuschreiben
ist. Der Kassierer gab Bericht über den Abschluß des vergangenen
Quartals. Auf Antrag der Revijoren wurde dem Kassierer Ent-
lastung erteilt. Der Bericht des Betriebsrates wird vom Vorsitzenden
Rudolf Weiß gegeben. Kollege Franke erstattet einen kurzen Kartell-
bericht. Er deutet besonders auf die Stellungnahme zur diesjährigen
Maiserfeier hin und legt das Programm dar. Ermahnt wird, sich rege
an allen Veranstaltungen zu beteiligen. Des weiteren gibt Kollege
Otto Weiß den Sitzungsbericht der Ortskrankenkasse. Er verweist
in sachlichen Worten unter anderem auf verschiedene Mängel, die in
nächster Zeit eine Aenderung erfahren werden. Zum Schluß verliest
der Kassierer noch ein Schreiben vom Hauptvorstand betr. Beitrags-
brüderlei einiger Mitglieder. Es ist doch selbstverständlich, daß jeder
seiner Pflicht in dieser Beziehung nachkommt und wird auch von allen
Mednern zu dieser Sache befürwortet, daß in unserer Zahlstelle solche
Fälle unbedingt beseitigt werden müssen.

Mit der Mahnung, dem Versammlungsbesuch in Zukunft ein
anderes Bild zu verschaffen, schließt Vorsitzender Karl Schweigert die
Versammlung.

Hörsing. Die in der am 19. April stattgefundenen Zahlstellen-
versammlung Anwesenden ehrten unseren verstorbenen Kollegen, Re-
dakteur Joh. Schneider, durch Erheben von den Plätzen. Als
Hauptpunkt stand das neue Lohnabkommen auf der Tagesordnung.
Der größte Teil unserer Kollegen und Kolleginnen ist mit diesem Ab-
schluß unzufrieden, da doch die Forderung nicht in Einklang damit zu
bringen sei. Im 2. Punkt erstattete Kollege Lang den Kassenbericht
vom 1. Quartal. Der Vorsitzende gab Berichte von der Konferenz in
Kirchenlamitz und Schwarzenbach. Weiter eines Rundschreibens von
der Zahlstelle Ohrdruf, betr. Unterstützung der streikenden Kollegen,
soll beim Hauptvorstand angefragt werden. Als Kandidat zur Ge-
neralversammlung wurde Kollege Aermann aufgestellt. Der 1. Mai
wird durch Arbeitsruhe gefeiert. Auf eine Anregung des Kollegen
H. Müller hin entspann sich eine Diskussion über die Urlaubsfrage,
besonders darüber, ob Einzelurlaub zu nehmen sei oder der ganze
Betrieb eine Woche stillgelegt werden soll. Der Vorsitzende legte
klar, daß letzteres schlecht ausführbar ist da doch viele Kollegen und
Kolleginnen vorhanden sind welche teilweise überhaupt keinen, teil-
weise nur einige Tage Urlaub erhalten. Der Betriebsrat soll mit
der Firma wegen dieser Angelegenheit Verhandlungen nehmen.

Schneidewitz. Einem zahlreicher Besuches erfreute sich die am
6. April im Lokal „Der Dürst“ abgehaltene Monatsversammlung
der hiesigen Zahlstelle. Einmalig wurden die verstorbenen Kollegen
Ferdinand Dreier, Hermann Krawinkel und Frieda Anders wie
üblich geehrt. Gedacht man des verstorbenen 2. Vor-
sitzenden des Verbandes Kollegen August Belzel. Nach Verlesung
des letzten Protokolls aus Kollege Kirchhölzer den Kartellbericht in
anwesender Weise zu dem Kollegen Kreisemann einiges ergänzte.
Die Kartellung eines Kandidaten zum Gewerkschaftskongress wurde
nach kurzer Debatte angelehnt. Ueber Forderung und Arbeiterlöhne
führte unser Geschäftsführer, Kollege Kreisemann, in leicht faßlicher
Art. Er führte aus, daß die Löhne nicht mehr ein menschenwürdiges
Leben ermöglichen. Redner gab den Hoffnung Ausdruck, daß es dem
Hauptvorstand gelingen möge, eine durchgreifende Lohnerhöhung her-
beizuführen. Als Antrag zur Generalversammlung wurde die Ver-

schmelzung des Verbandes mit verwandten Berufsgruppen zu ein-
Industrieverbände gefordert, dem mit überwiegender Mehrheit
gestimmt wurde. Unter „Verschiedenes“ wurden einige betriebliche
Angelegenheiten erledigt.

Soran. Die Versammlung am 10. April war nur von 120 Mit-
gliedern besucht; fast die Hälfte der Mitglieder fehlte. Es wurde
klart, daß ein Teil der Mitglieder nicht erscheint wegen der hohen
Preise für Getränke. Der Vorsitzende gab bekannt, daß der Vor-
wirt keinen Trinkzwang ausüben gedenke. Den Kartellbericht
Kollege Ansohn. Der hiesige Metzgerstreik wurde einer scharfen Kritik
unterzogen. Es wurde darauf hingewiesen, wie diese Herren
Grund ihrer restlosen Organisation ihre Vorteile wahrzunehmen
sich. Möge die Arbeiterschaft die Lehre daraus ziehen, auch in
wirtschaftliche Stellung auf Grund einer festgefügten Organisation
tätigkeit zu sichern. Ueber die Maierfeier sprach der Vorsitzende in
geren Ausführungen. Dem Beschluß des Kartells, den 1. Mai durch
vollständige Arbeitsruhe zu begehen, wurde voll zugestimmt. All-
mein wurde gefordert, daß so schnell wie möglich tarifliche Lohnver-
hungen eintreten müssen. Ein neuer Artikel in der Malerei soll
mal eine genauen Kalkulation unterzogen werden. Eine Kritik
Preis-Kommission war unangebracht, denn es zeigte sich, daß nach
mehrmaliger Aufforderung kein Maler in die Kommission eintrat.
Dann wurde darauf hingewiesen, daß sämtliche Porzellanarbeiter und
-arbeiterinnen am Matztag teilnehmen müssen. Den Drenner
wurde dringend empfohlen, die gesetzliche Arbeitszeit einzubalten.

Steinbach a. M. Unsere am 9. April 1922 abgehaltene Zahl-
stellenversammlung war sehr schwach besucht; besonders die weiblichen
Mitglieder lassen sich recht selten sehen. Der vom Kollegen Grünbe-
gegebene Kassenbericht vom 1. Quartal wurde ohne Beanstandung
entgegengenommen. Die Zahlstelle stellt einen Kandidaten zur Dele-
gationswahl zum Gewerkschaftskongress nicht auf. Die Anwesenden
wurden aufgefordert, den 1. Mai als Feiertag zu begehen. Als Zi-
bel des Demonstrationstages wurde nach längerem Hin und Her die Er-
schaft Kehlbach bestimmt. Kollege Schleicher beantragt, die nächste
Zahlstellenversammlung in Ludwigstadt abzuhalten, was auch an-
geheißt und beschlossen wird. Von einem Kollegen wurde der An-
trag gestellt, der Verbandsleitung, betreffend Tarifabschlüsse, ein Mit-
trauensvotum auszustellen. Hierüber entspann sich eine längere, leb-
hafte Debatte, und bei der Abstimmung wurde auch wirklich das Ver-
trauen mit großer Majorität abgefragt. Ein anderer Kollege kriti-
sierte das Verbandsorgan. Den Anlaß hierzu gab die Ver-
öffentlichung unseres letzten Versammlungsberichtes, welcher am
15. März eingeschickt wurde und am 14. April erschien. (Der betr.
Versammlungsbericht ist nicht anders behandelt worden, wie in letzter
Zeit die Berichte der anderen Zahlstellen behandelt werden konnten.
Wollte Steinbach eine Vorzugsbehandlung? Die Redaktion.) Der
Vorsitzende ermahnte die Kollegen, die Versammlungen zu besuchen,
denn hier ist Gelegenheit, wo sich jeder aussprechen kann; dann wird
auch bald das ewige Kritizieren im Betrieb aufhören.

Waldsassen. Unsere Zahlstellenversammlung im März wich, so-
weit es sich um den Besuch handelte, wesentlich von den bisherigen
ab, da von über 700 Mitgliedern kaum 50 anwesend waren. Ins-
besondere sind es die jüngeren Kollegen — von den Kolleginnen gar
nicht zu reden, da man überhaupt nicht gewohnt ist, eine derselben
in einer Zahlstellenversammlung zu sehen — die den Löwenanteil der
notorischen Versammlungsschwänzer stellen. Die jüngeren Kollegen
und Kolleginnen kümmern sich, wie es scheint, überhaupt nicht um ihre
wirtschaftlichen Interessen. Nur wenn ein Lohnabkommen nicht nach
ihrem Wunsch ausfällt, dann wird über die Verhandlungsteilnehmer
hergezogen. An diesem Uebel leiden überhaupt viele unserer Mit-
glieder, und sie bedenken nicht, daß sie damit über die Unrechten her-
fallen. Wenn diese die Versammlungen besser besuchten und ihre
„Ameise“ fortlaufend lesen würden, müßten sie schon längst eines besse-
ren belehrt sein und ihre Angriffe gegen den richtigen Feind, gegen
das Unternehmertum, richten. Wenn diese Interesslosigkeit so weiter-
geht, dann ist es nicht verwunderlich, wenn die Waldsassener Vor-
zeller immer tiefer ins Elend zurückgestoßen werden. Darum, Kol-
legen und Kolleginnen besinnt Euch, ehe es zu spät ist; oder wollt Ihr
die Vorkriegszeit wieder, anstatt 8 Stunden 10 Stunden unter allen
möglichen Misere in den Stuben schuftet? Das Unternehmertum
holt bereits zum Schläge aus. Vor Eintritt in die Tagesordnung
ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen 2. Verb.-Vor-
sitzenden August Belzel und der hiesigen Kollegen Gg. Sander und
Rudolf Steidl. Einer der wichtigsten Punkte der Tagesordnung, „An-
träge zur Generalversammlung“, löste eine heftige, doch sachliche De-
batte aus, und man kam darin überein, daß die Zahlstelle Waldsassen
die Anträge von Althalbenseben auch zu den übrigen macht. Mit
weiteren diesbezüglichen Anträgen wurde die Verwaltung beauftragt.
Zu Punkt „Maierfeier“ wurde nach längerem Hin und Her beschlossen,
den 1. Mai infolge der schweren wirtschaftlichen Verhältnisse, unter-
denen die Porzellanarbeiterschaft gerade jetzt am schwersten leidet,
speziell die Waldsassener, da hier die Lebenshaltungskosten der Ar-
beiter denen einer Großstadt nicht nachstehen, wir aber trotzdem in
keine höhere Lohnklasse kommen können, nicht durch Arbeitsruhe zu
feiern. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde der Antrag gestellt, nun-
mehr alle Versammlungsberichte in der „Ameise“ zu veröffentlichen,
damit auch die Versammlungsschwänzer von Zeit zu Zeit erinnert
werden, daß in Waldsassen eine Zahlstelle der Porzellanarbeiter
besteht.

Zahlstellenversammlung am 3. April. Da die Versammlung gleich-
nach Arbeitsruhe stattfand, war dieselbe infolge der wichtigen Tages-
ordnung überaus stark besucht. Es wurde Stellung zu dem Beschluß
der Märzversammlung betr. Maierfeier, genommen. Nach Verlesung
des Antrages des UGB durch den Vorsitzenden und reger Aussprache
einiger Kollegen, wurde der uns zur Stammtage werdende März-
sammlungsbeschluss außer Kraft gesetzt dafür einstimmig der 1. Mai
als Arbeitsruhetag beschlossen. (Bravo!) Weiter wurde beschlossen,
zu dem in Leipzig stattfindenden Gewerkschaftskongress von unserer
Zahlstelle keinen Kandidaten aufzustellen, da infolge der geringen
Delegiertenzahl keine Aussicht für Waldsassen besteht, mit einem Kan-
didaten durchzukommen.

Literarisches.

„Die Fortbildung des Arbeitsrechts“. Von Prof. Dr. Hugo Singheimer, Frankfurt a. M. Vortrag, gehalten auf der ersten Sitzung des Afa-Bundes in Düsseldorf. Preis 8.— M., für Mitglieder der A.G.B. und Afa-Organisationen 4.— M.

Der bekannte Forscher des Arbeitsrechts, Prof. Singheimer, behandelt in sehr instruktiver und grundsätzlicher Art die Grundprobleme der modernen sozialen Bewegung, um dann die Erfordernisse des neuen Arbeitsrechts zu präzisieren. Singheimer verlangt in erster Linie ein einheitliches Arbeitsrecht, in dessen Rahmen für die Bedürfnisse der einzelnen Berufsgruppen Spielraum gelassen werden soll. Der lebendige Organisationswille der Arbeiter, Angestellten und Beamten und die machtvolle Entwicklung dieser sozialen Kräfte veranlassen den Verfasser weiter, ein autonomes Arbeitsrecht zu fordern. Rechtsprechung und Verwaltung verlieren ihren fast ausschließlich autoritären Charakter, und an die Stelle staatlicher Tätigkeit tritt die Autonomie der sozialen gesellschaftlichen Kräfte. Schließlich stellt Singheimer als das dritte Postulat das soziale Arbeitsrecht auf. Er entwickelt in scharfsinniger Weise das Persönlichkeitsrecht gegenüber dem Sachrecht.

Die Schrift Singheimers ist für jeden Gewerkschaftskollegen, der sich in Wort und Schrift mit der neuen Arbeitsrechtsgesetzgebung befassen will, ein trefflicher Ratgeber.

„Wirtschaftliches Denken“ betitelt sich ein Lesebuch, das der Schriftleiter der „Betriebsrätezeitung“ Dr. Mfr. Striemer, aus seinen Veröffentlichungen zusammengestellt hat. Die 18 Aufsätze, die die Schrift enthält, beziehen sich auf die verschiedensten Wirtschaftsprobleme, die heute im Vordergrund der Diskussion stehen und bilden eine Ergänzung zu den volkswirtschaftlichen Vorträgen, die ebenfalls die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin herausgegeben hat. Dieses Lesebuch ist nicht nur ein Unterrichtsmittel für den, der sich selbst bemüht, die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu begreifen, sondern auch für Fach- und Wirtschaftsschulen, in denen der Lehrer das Material zu fruchtbringenden Aussprachen verwenden kann. Die Schrift fesselt den Leser von Anfang bis zum Schluss aufs stärkste und bietet viel Anregung zum eigenen Nachdenken. Die 96 Seiten starke Broschüre kostet im Buchhandel 15 M., Mitglieder von Gewerkschaften erhalten sie zum Vorzugspreise durch ihre Organisationen.

„Die Kontrolle der Monopole“. Punkt 10 der A.G.B.-Forderungen lautet: Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole. In dem Aprilheft der „Betriebsrätezeitung“ des A.G.B. und des Afa-Bundes veröffentlicht der Schriftleiter eine Untersuchung dieser entscheidend wichtigen Aufgabe und legt das Wesen des Monopols allgemein verständlich klar. Das Heft bringt den Bericht über die „Beitragshaltung der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale“ und zwei außerordentlich wertvolle Aufsätze aus dem Gebiet der Landwirtschaft, „Der Kartoffelbau“ von Rittergutspräsident von Lochow, und „Einfluß der Betriebsgröße“, von Dr. Ruhn. Beide Aufsätze sind Vorträge, die in der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft von den umgänglichen Fachleuten gehalten wurden. In Hinblick auf die dringende Notwendigkeit, aus dem deutschen Boden die größtmögliche Menge von Nahrungsmitteln zu gewinnen, sind diese Beiträge von höchstem Wert. Da die Wahl von Betriebsräten in die Aufsichtsräte bevorsteht, bringt das Heft einen Beitrag „Aktien-Gesellschaft und Aufsichtsrat“, der den Betriebsräten als Führer dienen soll. Zahlreiche andere Beiträge erhöhen noch das Interesse, das dieses Heft bei allen Arbeitnehmern auslösen wird. Jeder Auswärtstrebende sollte diese Zeitung, die durch die Organisation für einige Pfennige erhältlich ist, unbedingt lesen. Auch bei jedem Postamt kann die „Betriebsrätezeitung“ zum Preis von 3 M. vierteljährlich abonniert werden. In Berlin ist sie in Zeitungsverkaufshallen erhältlich.

„Volkswirtschaftliche Vorträge“. Von Dr. Alfred Striemer. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S.O. 16, Engelshof 24. Als Manuskript geändert: 88 Folioseiten. Ladenpreis 24.— M., für Organisationsmitglieder 12.— M., Preis des Textbuches 8.— M., für Organisationsmitglieder 5,50 M. Das Bedürfnis, volkswirtschaftlich belehrende Vorträge zu hören, äußert sich sehr lebhaft. Während die Abhaltung solcher Vorträge in der Großstadt geringere Schwierigkeiten verursacht, haben die Organisationen kleinerer Städte große Schwierigkeiten, geeignete Referenten zu finden. Aber auch in den Großstädten bilden sich zahlreiche Arbeitsgemeinschaften, die volkswirtschaftliche Belehrung und Diskussionen suchen. Dr. Striemer, der Schriftleiter der „Betriebsrätezeitung“, der zahlreiche Kurse mit Arbeitern und Funktionären abgehalten hat, unternimmt den Versuch, geistig besonders regen Gewerkschaftsausgearbeitete Vortragsmanuskripte in die Hand und ihnen Anleitung zu geben, selbst Vorträge mit diesem Hilfsmittel zu veranstalten. Die erste Reihe 1-6 ist erschienen. Die Vorträge beschäftigen sich mit den Grundbegriffen der Wirtschaft, mit den Wirtschaftsstufen und Lehrmeinungen, mit Geld, Kredit, Banken und Börsen. Ein besonderer Vortrag behandelt das Kapital. Die Kernprobleme „Wert und Preis“ werden in zwei besonderen Vorträgen behandelt. Die sechs Vorträge bauen sich auf ganz kurze Abschnitte auf, die sich dem Gedächtnis leicht einprägen und dem Vortragenden den Vortrag leicht machen. Die Manuskripte sind so eingerichtet, daß der Referent nach eigener Belieben Ergänzungen des Textes vornehmen kann. Auch für solche Personen, die nicht beabsichtigen, Vorträge zu halten, sondern sich selbst einmal schulen wollen, ist das Material besonders wertvoll, weil es in größter Kürze die Tatsachen enthält, die man sich unbedingt merken muß, wenn man die wirtschaftlichen Zusammenhänge begreifen will. Zu diesen Vorträgen werden für die Hörer Textbücher geliefert, damit sie nicht mitzuschreiben brauchen und zu Hause studieren können.

Dank.

Espreche hierdurch der Arbeiterschaft von Höchstädt, sowie der Zeitung des Triebes für die mir und meiner Familie während meiner langjährigen Krankheit reichlich zuteil gewordene Unterstützung meinen innigsten Dank aus.
Hermann Ottner, Höchstädt.

Zur Beachtung!

Die Zahlstellenkassierer werden darauf aufmerksam gemacht, daß alle Gelder, die an die Hauptkasse zu senden sind, auf das Postsparkonto Nr. 9308, Wilh. Herben, Charlottenburg 1, beim Postsparkassieramt Berlin einzuzahlen sind. Zahlkarten liefert die Hauptkasse.

Zahlstellen, die Bankkonto oder Girokonto bei den städtischen Sparkassen eingerichtet haben, wollen die an die Hauptkasse zu sendenden Geldbeträge nur an die Mitteldeutsche Creditbank, Depositenkasse E, Charlottenburg 1, Berlinerstr. 54, auf das Konto M. Bressler, W. Keller, W. Herben, J. Schneider, M. Tobias, G. Wollmann überweisen lassen.
Wilh. Herben.

Versammlungs-Anzeige.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Berlin-Charlottenburg. Zahlstellenversammlung Mittwoch, den 17. Mai, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 5. Tagesordnung: Beratung der Anträge zur Generalversammlung.

Adressen-Änderungen.

Breslau. Redaktor: Otto Götz, Vierturmstr. 14.

Härtenberg. Schriftführer: Georg Höbler, Konsum.

Jecha. Vorsitzender: Paul Malina, Sondershausen, Güntherstraße 36.

Kirchenlamitz. Schriftführer: Albin Ordnung, Rosengasse 36.
Liegnitz. Die Zahlstelle Liegnitz ist aufgelöst.

Aufruf!

Unser Kollege Paul Kottwitz ist seit September vorigen Jahres krank und arbeitsunfähig. Kottwitz ist Mitglied seit 1917. Da er jetzt in allen Klassen aussteuert und es uns allein auch nicht mehr möglich ist, seine Not zu lindern, bitten wir die anderen Zahlstellen, uns dabei behilflich zu sein. Gelder sind zu richten an: Rich. Thamm, Stanowitz, Kr. Striegau, Schwerdnitzerstr. 40. Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Aufruf!

Unser Kollege Fritz Brämer ist seit langem krankenkrank. Im August v. J. wurde er zwar in eine Lungenheilstätte geschickt, aber ungeheilt entlassen. Wir haben bis jetzt unser Möglichstes getan, ihm in seiner schweren Lage zu helfen, aber unsere Zahlstelle ist zu klein, um dies weiterhin mit Erfolg zu tun. Wir bitten daher die anderen Zahlstellen, uns bei der Unterstützung des Kollegen Brämer zu helfen. Kollege B. ist Mitglied seit 1921. Gelder sind zu senden an: Hermann Saruhn, Velten i. d. Mark, Bergstr. 7.

Quittung.

Für unser krankes Mitglied Joh. Schmidt gingen folgende Beiträge ein: Althaldensleben 25,—; Arzberg 25,—; Arnstadt 10,—; Auma (Thür.) 25,—; Annaburg 20,—; Burgau a. S. 10,—; Bonn 50,—; Dölan b. Halle 10,—; Diefenfurt (Schl.) 20,—; Oberkornau 15,—; Walbershof 15,—; Walldorf 10,—; Landsdorf 10,—; Sallern bei Regensburg 20,—; Elsterwerda 20,—; Meuselwitz 20,—; Teltow bei Berlin 40,—; Limbach (Thür.) 25,—; Mannheim (Rafertal) 5,—; Borsdorf 10,—; Königszelt 20,—; Schwarzenbach a. S. 20,—; Grünstadt-Neuleiningen 20,—; Selb-Blöbberg 25,—; Röslein 15,—; Kahla 10,—; Jahn b. Sondershausen 10,—; Hermsdorf 20,—; Biesteritz bei Wittenberg 20,—; Köpitzdorf (Thür.) 30,—; Neubaldensleben 20,—; Markt-leuthen 20,—; Suhl (Thür.) 20,—; Schlierbach 25,—; Bohemstrauß 15,—; Passau 10,—; Schirnding 20,—; Stadtlengsfeld 25,—; Bichtenfels 10,—; Elmshorn 50,—; König 10,—; Schanberg 20,—; Sorau (N.-L.) 10,—; Höchstädt b. Selb 20,—; Magdeburg 15,—; Rehau 25,—; Schney 10,—; Weilsdorf a. d. Berra 10,—; Großdubrau 20,—; Unterköbitz 10,—; Frankfurt a. d. Oder 20,—; Golditz 20,—; Stadtilm 10,—; Weiskwasser 30,—; Gräfenthal 20,—; Rauenstein 10,—; Waldenburg 20,—; Krummenaab 30,— M. In Summa: 1100,— M.

Allen Gebern herzlichen Dank. Die Sammlung ist geschlossen.

Zahlstelle Krummenaab. Karl Kasper, Kassierer.

Quittung.

Für unsere kranken Kollegen Will und Ruth gingen weiter ein: Annaburg 40,—; Breslau 30,—; Großdubrau 20,—; Gräfenthal 30,—; Elmshorn 50,—; Frankfurt a. M. 40,—; Frankfurt a. d. Oder 40,—; Höchstädt 50,—; Jochenbach 30,—; König 10,—; Markt-leuthen 40,—; Magdeburg 30,—; Unterköbitz 20,—; Rehau 20,—; Rauenstein 20,—; Sorau 10,—; Stadtlengsfeld 50,—; Stadtilm 20,—; Schney 20,—; Schanberg 30,—; Schlierbach 50,—; Bohemstrauß 20,—; Weiskwasser 60,—; Waldenburg 40,—; Passau 20,— M. Summa 790,— M. Bereits quittiert 1200,— M. Summa: 1990 M.

Allen Gebern besten Dank. Die Sammlung ist geschlossen.

Zahlstelle Staffel. Eichmann, Kassierer.

Sterbetafel.

Marktredwitz. Gretl Geinl, Malerin, geboren am 4. Februar 1900 in Marktredwitz, gestorben am 6. April an Magenkrebs. Mitglied seit 1918.

Steinbach a. Wald. Johann Martin, geboren am 28. November 1881, gestorben am 19. April an Rheumatismus und Asthma. Mitglied seit 1919.

Unterköbitz. Meta Vollbrecht, Malerin, geboren am 15. Mai 1880 in Schönau, gestorben am 27. April an Typhus. Mitglied seit 1920.

Ehre ihrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Kuvert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Modelleur

Firm an der Scheibe für Herstellung von Vasen, Dosen und sonstigen zu drehenden Biergegenständen, per sofort gesucht. Wohnung vorhanden. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnissen und Ansprüchen an die Porzellan-Fabrik Franreuth, A.-G., Wallendorf, S.-M.

Einige tüchtige Maler für Farb- und Goldbänder, sowie feine Stempeldrucke, und ein tüchtiger Formgießer, der an sauberes Arbeiten gewöhnt ist und in seinen Gebrauchsgeschirren schon gearbeitet hat, zum möglichst sofortigen Eintritt gesucht. Wegen der Wohnungsnot können nur ledige Bewerber berücksichtigt werden. Angebote an Porzellanfabrik Markredwitz, Jaeger & Co., Markredwitz i. Bayern.

Geübter Schleifer gesucht. Ledige wegen Wohnungsmangel bevorzugt. Porzellanfabrik Rask, Eisenberg i. Thür.

Tüchtiger, zuverlässiger Oberdreher, bewandert in allen vorkommenden Arbeiten in Dreherei und Gießerei, firm im Schablonenfeilen, Warenabnahme, Lohnverrechnung und Preiskalkulation, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, Stellung in Steingut- oder Tonwarenfabrik für sofort oder später. Ueberrahme eventuell auch anderer Vertrauensposten. Offerten erbeten unter „R. 100“ an die Redaktion der „Ameise“.

Tüchtige Porzellanmaler für Dekoration, hauptsächlich für Mokkatassen, nach Dresden gesucht. Angebote wolle man richten unter „R. 6“ an die Expedition des Blattes.

Kapseldreher, Schälendreher auf Blatt und Hubel. Angebote erbittert Berra-Porzellanfabrik, A.-G., Meiningen.

Perfekter Dreher sowie Kapseldreher und geübte Garniererin bei gutem Lohn für sofort gesucht. Angebote an Großk. keramische Manufaktur, G. m. b. H., Darmstadt.

Durchaus tüchtige

= Stahlbruderia =

für Signetten usw. per sofort gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen an

D. Bolter, Porzellanmalerei, Köln a. Rh., Truhenberg 27.

Wir suchen in dauernde Stellung selbständigen, tüchtigen Schmelzer für Hotelgeschirr bei guter Bezahlung. Derselbe muß auch mit dem Ausbessern einer Bugmuffel vertraut sein. Angebote unter Chiffre „R. 7“.

Maler für Luxus- und Geschirrbau, an flottes, sauberes Arbeiten gewöhnt, sucht passende Stellung als Stüd- oder Mustermaler, am liebsten in Thüringen oder Nähe. Verheiratet, kleine Familie. Geil. Offerten unter „R. 38“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Gelernter Gießer und Former für weltliche und Heiligenfiguren in Gips gesucht. Infolge Wohnungsmangels Ueberheirateter bevorzugt. Bewerbungen unter Angabe wieviel Stüd Tagesleistung und der Firma, wo gelernt und gearbeitet, an Firma

Geinrich Makhoffs Erben, Breslau II, Neue Laichenstr. 1 b.

Gelernter Porzellanschleifer für sofort gesucht. Offerten mit Angabe, wo überall tätig gewesen, an

Porzellanmanufaktur „Union“, Edmund Quist, Kleindembach, S. W. G.

Junger, tüchtiger Unterglasurmalerei, in allen vorkommenden Arbeiten der Unterglasurmalerei firm, sucht Stellung.

Geil. Offerten unter „R. B.“ an die Redaktion der „Ameise“.

Formengießer und Einrichter für Violatoren und Geschirr sofort gesucht.

Tonwarenfabrik Schwandorf (Bayern).

Tüchtiger Dreher, verb. 26 J., in allen vorkommenden Arbeiten firm, sucht Stellung, auch als Oberdreher. Es kommt nur eine Stellung in Frage, wo Wohnung vorhanden ist.

Angebote unter „R. 2“.

Mehrere Dreher für Violatoren und Geschirr werden für sofort gesucht. „R. 14“.

Zwei tüchtige Formengießer gesucht.

Feinwerkzeugfabrik Heibelberg.

Tüchtiger, zuverlässiger Formengießer (Kunstkeramik), sowie zuverlässiger Bader, möglichst ledig zu sofortigem Antritt gesucht.

Keramische Werke S. & S. Garstens, Rathenow.

Wir suchen zum sofortigen Antritt einige tüchtige Violatoren- und Dreher für ledige lona Wohnung vermittelt werden. Auch ein tüchtiger Formengießer, der im Einrichten von Modellen geübt ist, wird sofort eingekauft.

H. Schöberg & Söhne, Alt-Wei., Porzellanfabrik, Köhlan (Anhalt).

Ein tüchtiger, uueberheirateter Modelleur für Porzellan- und Geschirrbau zu sofortigem Eintritt gesucht. Bewerbungen sind mit Lohnansprüchen zu richten an Oberfränkische Porzellanfabrik Bates & Co., Marktstentzen.

Lebiger Dreher für dünne Becher gesucht. Alt-Wei. Porzellanfabrik Rudolstadt, Rudolstadt i. Thür.

Geschäfts-Anzeigen.

Poltergoldbische 75.—Mk. à Gramm. — Glanzgoldbische 55.—Mk. à Gramm. — Ausgebr. Gold, Abfälle kauft zu den höchsten Tagespreisen

A. Geyer, Goldarbeiter, Selb.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmied u. alle goldhaltigen Sachen. Bestehtes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekte.

Stret — leset — staunet

über die hohen Preise, die ich für Goldschmiede, Nische, Lappen u. Flaschen zahle. B. B. für Glanzgoldflaschen 30 bis 40 Pf. mit Stöpsel, Poliergoldflaschen mit Stöpsel 40 bis 70 Pf., je nach Gehalt. Sendungen werden sofort erledigt.

Kurt Rottmann, Stadtilm i. Thür., Bahnhofstr. 1.

Kaufe goldhaltige Schmiede, Lappen, Nische, Flaschen, Pinsel und Maltrückstände zum Einschmelzen. Höchste Tagespreise. Auf Wunsch sofortiges Einschmelzen.

Erich Martin, Rudolstadt, Untere Marktstr. 24 II.

Goldschmiede, goldhaltige Lappen, Nische, Flaschen und Pinsel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen

Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle wie Nische, Schmiede, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle.

Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gr., 20—30 Pf., je nach Inhalt. Poliergoldflaschen 10 „ 25—50 „

— Darum schickt alles zu

H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

CHRISTOP SACK

SCHWARZENBACH A. D. SAALE

Import und Export von Schwämmen

speziell für die keramische Industrie.

Stets großes Lager in sämtlichen vorkommenden Sorten. Muster bereit-

willigst. Fernsprecher Nr. 17



Goldhaltige Schmiede — Lappen — Nische — Pinsel — Flaschen Maltrückstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8. II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiede

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen

Emil Theimer, Langewiesen b. Jm. Th.

Gepr. 1898.	Gold, Platin und Silberabfälle aller Art		Gold-, Platin-, Silberpreise auf Anfrage
Beste Bedien.			Preisfrei
	Seifert, Zwickau i. S., Osterwälderstr. 32.		

Goldabfälle aller Art, wie Lappen — Schmiede — Nische — Flaschen usw., auch ausgebranntes Gold, kauft stets zu höchsten Tagespreisen

Christoph Geier, Hirschstädt b. Thiersheim, Oberfranken.

Kaufe ständig Goldschmiede, goldhaltige Nische, Lappen usw. zu höchsten Tagespreisen und sofortiger Kasse.

Martin Kaufmann, Zwickau i. Sa., Herdauer Str. 25.

Offerierte hierdurch noch zu Uebergangspreisen für Dreher Prima Benghali-Rhomocasschwämme, das Stüd zu 20, 30, 40, 50, 60, 80 und 100 Mk. pro Stüd; Levantiner, Glasur- und Garnierungsschwämme von 6 bis 100 Mk. pro Stüd; Elefantenzähne nach Tagespreis; feine, weiße, mittlere und große Reeschwämme, das Kilo 600 und 900 Mk.; große Hartheadschwämme, mittlere Qualität, für Steingut u. Gießerei, das Kilo, zirka 40 Stüd enthaltend, 500 Mk.; griechische Reeschwämme, von 5 bis 100 Pf. pro Stüd. Versand nur in geschlossenen Kleinen und größeren Posten.

H. Michelsohn, Schwammgroßhandlung, Berlin S. 25, Prenzlauerstr. 42.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen

Redaktion: Albin Karl, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.

Berlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.

Druck von E. Janiszewski, Berlin S.O., Elisabeth-Str. 28/29.